

Verlagort: Dresden  
Einselpreis: In Dresden Stadt u. Umf. 10 Rpf.  
außerhalb 15 Rpf.



# Freiheitsskampf

Amtliche Tageszeitung der NSDAP, Gau Sachsen

Als das für seinen Verbreitungsgebiet befristete Blatt zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Staats- und Gemeindebehörden, der Amtsgerichte, der Landesfinanzämter, der Finanzämter, der Hauptzollämter, der Zollverwaltungsstellen, der Reichsbankämter und der Poststellen.

Bezugpreis: monatlich 2,40 RM (einmal 41 Rpf. Vertriebszuschlag zum Trägerleben). Durch die Post 2,40 RM einm. 49,70 Rpf. Zeitungsgeb. (zusätzl. 15 Rpf. Befreiung) bei Abholung in unv. Geschäftsräumen 2,30 RM. Briefzeit täglich mit Ausnahme der Feiertage. Bei Nichterhalten infolge höherer Gewalt befreit keine Ansprüche auf Rückerstattung der Bezugsgelder oder auf Ersatzlieferung.

Nr. 365. Donnerstag, 31. Dezember 1936

Abdruckrecht: 1. Aufl. Preis: 12. 15. Ausgabezeit am Tage vor Ersch. 15 Uhr. 1. d. Sonntagsausg. freitags 17 Uhr. 1. d. Winterausg. samstags 15.30 Uhr. Verlag: Nationalsozialistischer Verlag f. d. Gau Sachsen GmbH, Dresden-V. 1. Zentralred. 10. Postfachamt Dresden 20178. Geschäftsst. 8-15 Uhr. Geschäftsst. 12-12 Uhr außer Samstags. Fernruf-Sammelruf 25 901 u. 25 281

## Sudetendeutsche ohne jedes Recht

Die Zentralbank der deutschen Sparkassen in der Tschechoslowakei aufgelöst

### So sieht Prag „Annäherungspolitik“ aus

Prag, 30. Dezember  
Das „Tschechoslowakische Pressebüro“ veröffentlicht folgende Meldung: „Heute wurden zwei Regierungsverordnungen auf Grund des Ermächtigungsgesetzes verlaunt, von denen die eine die Liquidierung der Zentralbank der deutschen Sparkassen in der Tschechoslowakischen Republik und der Karlsbader Vereinsbank, die zweite die Errichtung der Geldzentrale der Tschechoslowakischen Sparkassen unter der Firma „Zentralbank der Tschechoslowakischen Sparkassen“ betrifft.

Beide Verordnungen treten am 1. Januar 1937 in Kraft. In der ersten wird zur Ausgleichung der Forderungen der beiden liquidierten Banken die Geldzentrale der tschechoslowakischen Sparkassen zur Ausgabe von Schuldscheinen bis zum Betrag von 600 Millionen Tschechenkronen, auf den Inhaber lautend, zu 3 v. H. vom 1. Januar 1936 verzinstlich und binnen 40 Jahren vom Jahre 1947 angefangen amortisierbar, ermächtigt.

Die Verordnung über die Errichtung der Zentralbank Tschechoslowakischer Sparkassen“ belagt, daß die Sparkassen wenigstens 5 v. H. ihrer Einlagen dort anzulegen haben, und daß die Bank verpflichtet ist, jährlich mindestens ein Fünftel des Reinertrages als Beitrag zur Liquidierung der beiden obengenannten deutschen Banken abzuführen. Die auf den Namen lautenden Aktien sind nur mit Zustimmung des Verwaltungsrates außer im Falle von Vererbung und Testament übertragbar.

Den Minderheitsnationalitäten wird die Beteiligung am Aktienkapital und die entsprechende hundertprozentige Vertretung in allen Organen sowie bei der Bestellung der Angestellten der Bank sichergestellt.“

Die in der obigen Meldung des „Tschechoslowakischen Pressebüros“ angeführte „Zentralbank der Deutschen Sparkassen“ war die Geldausgleichsankalt für die deutschen Sparkassen in der Tschechoslowakei. Sie wurde vor drei Jahren imobil, da die deutschen Sparkassen infolge der schweren Krise im sudetendeutschen Gebiet ihre Einlagen zurückerhalten mußten. Die Bank mußte um ein Moratorium ersuchen, das ihr die tschechoslowakische Regierung gewährte. Im Gegenzug zu ähnlichen Fällen bei tschechischen Banken wurde durch eine Regierungsverordnung nunmehr nicht die Sanierung und Wiederherstellung des Instituts, sondern seine Liquidierung verfügt. Die Zentralbank der Deutschen Sparkassen verschwindet. Die Einleger werden nicht, wie bei tschechischen Banken, die Verluste erlitten und deshalb vom Staate saniert wurden, voll befriedigt. Sondern erhalten niedrig verzinstliche Schuldverschreibungen, Bargeld nur bei kleineren Beträgen oder in Ausnahmefällen. Die Prager Regierung benutzte die Gelegenheit, um die bisher national getrennten Geldausgleichsinstitute für die Sparkassen für das gesamte Gebiet der Tschechoslowakei zu

vereinheitlichen und die bisherige Zentralbank der Tschechischen Sparkassen durch Gründung einer gemeinsamen Anstalt für alle tschechoslowakischen Sparkassen zu einem Geldausgleichsinstitut für alle Sparkassen der Tschechoslowakei auszugestalten. In diesem Institut erhalten die Deutschen lediglich formale Minderheitenrechte. Die deutschen Sparkassen werden ihre Vertreter in diesem gemeinschaftlichen Institut nicht frei wählen können, sondern aus den von ihnen vorgeschlagenen Vertretern wird die Regierung (!) Ernennungen vornehmen. Auch die der Deutschen Zentralbank bisher angegliederte Emissionsstelle für Gemeinde- und ähnliche Darlehen geht auf diese Zentrale über, obgleich die Emissionsstelle der Deutschen Zentralbank völlig in Ordnung gewesen ist.

Als Ersatz für den Verlust dieser eigenen Emissionsankalt wurde den Sudetendeutschen von der Regierung zugesichert, daß Emissionsstellen bei einzelnen deutschen Sparkassen errichtet werden könnten, was jedoch praktisch ohne Bedeutung bleibt, da derartige Emissionsstellen bei deutschen Anstalten bereits vorhanden sind, die aber keinerlei

Tätigkeit entfalten konnten. Das Ende der Zentralbank der deutschen Sparkassen in der Tschechoslowakei und die Errichtung der gemeinsamen nationalen Sitzzentrale der Tschechoslowakischen Sparkassen im allgemeinen bedeutet einen weiteren Schritt zum Abbau der sudetendeutschen wirtschaftlichen Selbstverwaltung.

Die neuen Verordnungen stellen eine bezeichnende Illustration dafür dar, was von den hochtönenden Versprechungen zu halten ist, die man in letzter Zeit so oft von offizieller Prager Seite über das Verhältnis zu den Sudetendeutschen hören konnte. Hier wäre einmal Gelegenheit gewesen, mit der Tat zu beweisen, daß man ernstlich gewillt sei, einen Ausgleich zu finden und sich dem System der Entrechtungen, Zurückstellungen, Benachteiligungen abzuwenden, was in so kraßem Gegensatz steht zu den schönen Worten, die Beneš in Reichenbach fand und die sein Minister Dr. Kratochvíl in den letzten Wochen mehrfach wiederholte. Und die Verwirklichung all der für die Wirkung auf das allmächtig nun auch schon etwas aufgehende Ausland berechneten Versprechungen? Nichts hat sich geändert, nichts ist man auch zu ändern gewillt. Die neuen Entrechtungsverordnungen sprechen eine allzu harte Sprache, als daß man auch nur noch im geringsten etwas von einem „Verständigungswillen“ Prags erwarten könnte.

### Der deutsche Flottenbau

Von Kapitänleutnant A. Wolf

Die Jahreswende bietet willkommenen Anlaß, den Aufbau der deutschen Flotte, wie er sich seit dem Abschluß des deutsch-englischen Flottenabkommens vom 18. Juni 1935 gestaltet hat, einer Betrachtung zu unterziehen. Brauchte das Jahr 1935 die Inbaugabe der ersten Bauante von Schlachtschiffen, schweren Kreuzern, großen Zerstörern und Unterseebooten, Einheiten also, die das Verfallener Diktat Deutschland ausdrücklich verbietet, so begann sich im Jahre 1936 die Befreiung von jenen unwürdigen Fesseln sichtbar auszuwirken. Die Schlachtschiffe „Scharnhorst“, „Gneisenau“ liefen am 3. Oktober in Wilhelmshaven bzw. am 8. Dezember in Kiel in Gegenwart des Führers und Obersten Befehlshabers der Wehrmacht vom Stapel. Damit sind zum ersten Male seit dem Weltkriege wieder Großkampfschiffe von deutschen Heilungen gelassen, zeugen deutscher Großmachtklennung auch zur See.

Gleichzeitig wurde der Bau der kleineren Einheiten tatkräftig gefördert. Der Ende September 1935 gebildeten U-Flottille „Weddigen“ folgte Anfang Oktober 1936 die 2. Unterseebootflottille, der der Führer den Namen Unterseebootflottille „Salzwedel“ verlieh. In diesen beiden Flottillen sind die inzwischen fertiggestellten Unterseeboote zusammengefaßt, und zwar die 250-t-Boote in der U-Flottille „Weddigen“, die 500-t- und 712-t-Boote in der U-Flottille „Salzwedel“. Die Zerstörer sind gleichfalls zu Wasser und gehen ihrer Fertigstellung entgegen, während die ersten Kreuzer Neubauten vor dem Stapellauf stehen.

Es sei an dieser Stelle betont, daß es sich hierbei sämtlich um Einheiten handelt, die mit dem deutschen Bauprogramm vom 8. Juli 1935 beauftragt wurden. Das Programm für 1935 umfaßte insgesamt 2 Schlachtschiffe („Scharnhorst“ und „Gneisenau“) zu je 26 000 t mit 9 28-cm- und 12 15-cm-Geschützen, 2 schwere Kreuzer (G und H) zu je 10 000 t mit 8 20,3-cm-Geschützen, 16 Zerstörer (Z 1 bis Z 16) zu je 1625 t mit 5 12,7-cm-Geschützen und 8 53,3-cm-Torpedorohren in Vierlingsaufstellung und schließlich 28 Unterseeboote. Hiervon entfielen 20 Boote auf die 250-t-Klasse mit 1 Maschinen-gewehr und 3 53,3-cm-Torpedorohren, 6 Boote auf die 500-t-Klasse mit 1 8,8-cm-Geschütz, 1 Maschinengewehr und 5 53,3-cm-Torpedorohren, 2 Boote auf die 712-t-Klasse mit 1 10,5-cm-Geschütz, 1 Maschinengewehr und 6 53,3-cm-Torpedorohren.

Diese 48 Einheiten verfügen zusammen über rund 107 000 t. Der deutsch-englische Flottenvertrag legt nun für den Gesamtauftrag der deutschen Flotte ein Verhältnis von 35:100 zur britischen Gesamtflotte fest. Nach dem britischen Vertragsstande von 1935 entfällt auf Deutschland eine Gesamttonnage von etwa 420 000 t. Daraus ist ersichtlich, daß für weitere deutsche Neubauten noch eine recht umfangreiche Tonnage zur Verfügung steht, auch dann, wenn die unter den Verfallener Bindungen gebauten Schiffe, wie dies im Vertrag vorgesehen ist, in die Rechnung mit einbezogen werden. Sie seien der Vollständigkeit halber aufgeführt. Es handelt sich hierbei um die 3 Panzerjäger der „Deutschland“-Klasse zu je 10 000 t, 5 Kreuzer (K-Klasse, „Leipzig“ und „Kärnberg“) zu je 6000 t, 1 Kreuzer („Emden“) zu 5100 t, 12 Torpedoboote („Möwe“ und „Wolf“-Klasse) zu je 800 t, oder, anders ausgedrückt, um 21 Einheiten mit insgesamt

### 400 Millionen Dollar Streiks Schäden

Die wirtschaftlichen Folgen des amerikanischen Seemannstreiks

New York, 30. Dezember

Im amerikanischen Seemannstreik, der jetzt bereits zwei Monate andauert, besteht immer noch keine Aussicht auf eine Beendigung des Ausstandes.

Die verhängnisvollen wirtschaftlichen Folgen, die aus diesem Streik erwachsen, werden be-

sonders deutlich in einem Beschluß einer der größten Transportgesellschaften der Vereinigten Staaten, der Dollar-Line, die Leitung der Gesellschaft hat beschlossen, bis auf weiteres ihren gesamten Schiffsverkehr einzustellen. Der Schaden, den der Seemannstreik bisher der Schifffahrt der Vereinigten Staaten zugefügt hat, wird auf mindestens 400 Millionen Dollar geschätzt.

### Die Freimaurer fürchten die Öffentlichkeit

Durch Boykottierungen die Einstellung kompromittierender Enthüllungen erzwungen

Sofia, 30. Dezember

Die größte bulgarische Zeitung „Utro“ veröffentlichte in den letzten Tagen eine Artikelreihe, die aufsehenerregende Enthüllungen über die bulgarische Freimaurerei brachte. Dabei schloß sich das Blatt auf zahlreiche Originaldokumente, Photos und Sitzungsbereiche aus dem Geheimarchiv der Freimaurerloge „Saria“ in Sofia, die durch einen Zufall in den Besitz der Redaktion gelangt waren. In allen Einzelheiten schilderten die Artikel die Geschichte und das Ritual der bulgarischen Freimaurerei. Weiter brachte das Blatt eine erste lange Liste bekannter Logenbrüder aus Sofia und der Provinz. Großes Aufsehen erregte die Tatsache, daß nahezu 40 v. H. der Logenbrüder Juden sind, obwohl die Juden in Bulgarien kaum mehr als 1 v. H. der Gesamtbevölkerung ausmachen.

Die Enthüllungen des „Utro“ sind von der bulgarischen Öffentlichkeit mit ungeheurem Interesse verfolgt worden, weil man bisher nur sehr wenig über die Tätigkeit und den Umlauf der Freimaurerei in Bulgarien wußte. Für Mittwoch hatte das Blatt die Fortsetzung

der Namensliste sowie Einzelheiten über die politischen Umtriebe der bulgarischen Freimaurerlogen angekündigt. Ueberraschenderweise hat es jedoch seine Enthüllungen abgebrochen.

Wie man erfährt, haben maßgebliche Freimaurerkreise einen starken Druck auf den Verlag und die Redaktion des Blattes ausgeübt und gedroht, sie würden über die Zeitung härtesten wirtschaftlichen Boykott durch Entzug von Bankkrediten, Anzeigen, Aufträgen usw. verhängen, wenn die Veröffentlichung der Artikelreihe fortgesetzt würde. Die Freimaurerei in Bulgarien, sei klar genug, so haben sie erklärt, um das Blatt wirtschaftlich zugrunde zu richten. Der Schriftleiter, dem die Bearbeitung des Geheimmaterials übertragen worden war, erhielt einen klaren Drohkriis.

Von unterrichteter Seite wird ergänzend mitgeteilt, daß die ganze bulgarische Freimaurerei angesichts der ihr drohenden Enttarnung in heller Aufregung ist. Sie lei entschlossen, weitere Enthüllungen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern.

### Der Führer wieder in Berchtesgaden

Berlin, 30. Dezember

Der Führer, der anlässlich der Beisehung des General-Verstärker Hans von Seekt zu einem kurzen Urlaub in Berlin eingetroffen war, hat am Mittwochabend Berlin wieder verlassen und sich nach Berchtesgaden zurückgegeben.